

# ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No 5 – 15. 3. 2011

***„zeit' und ‚spiegel' wagen fundamentale ‚öko'-kritik + medien verweigern weiter sachliche und vollständige informationen über weltweiten akw-neubau + herbert reul rügt klima-eiertänze der eu-kommission ++ peter lese will eu-weite kraftwerk-standards ++ guttenberg-'enthüller' plagiierte selbst + + die lage in polen***

## **Bin Akiba, Tschernobyl und Kernschmelze als makabres Wahlgeschenk 1986 reagierte Bonn falsch auf Tschernoyl, jetzt wackelt Berlin, und Rot-Grün hofft heftig**

Unsere Väter hatten den Spruch „Alles schon dagewesen – meint Ben Akiba“. Sie hatten ziemlich oft Recht, wenn jemand übertrieb. Doch jetzt gilt **gleichzeitig**: 1. Der Unfall in Japan muss bitter ernst genommen und so seriös wie erfolgreich analysiert werden, um alle nötigen Konsequenzen ziehen zu können. Zur Wahrheit gehört vor allem, dass bei uns **Druckwasser-Reaktoren** stehen, in Japan hingegen die problematischen Siedewasser-Reaktoren. Schon dies allein verbietet DIREKTE Vergleiche. 2. Die Bundesregierung sollte weder die fatale Reaktion der SPD auf Tschernobyl von 1986 wiederholen noch mit allen Rücken zur Grenze übersehen, dass eine Reihe unserer wichtigsten EU-Partner unbeirrt an ihren Kernkraftwerken festhält.

Bis zum 14. März wurde in deutschen Medien weder verdeutlicht, dass die AKW-Entwicklung längst bei Reaktoren mit **sicherer Selbstabschaltung** (im Gefahrenfall und **ohne Einschaltung von Bedienungspersonal**) ankam noch dass speziell Russland in Absprache mit der Wiener Atombehörde die **Selbstabschaltung perfektioniert** hat noch dass u.a. China so weit ist, den in Deutschland erfundenen **Kugelhaufen-Reaktor** zum Probelauf reif machte. Der deutsche Reaktor, dessen Fähigkeit zur „**Selbsterstickung**“ **seinerzeit internationalen Experten in Jülich (Versuchsreaktor) vorgeführt wurde**, lief in der ersten vollendeten Anlage in Hamm einwandfrei. Zur Jülicher Demonstration zählte die absichtliche Herbeiführung einer ernststen Betriebsstörung.

Diesen modernsten Reaktor, zu dem alle Welt pilgerte, ließ die SPD-Regierung in Düsseldorf nach Tschernobyl auf Befehl von **Johannes Rau abschalten**. Die Patente des sicheren Reaktors verließen Deutschland in Richtung Südafrika und China. China setzt sie nun um.

Nicht nur Frankreich kommt bei der **Entwicklung der nächsten Reaktor-Generation** (der IV.) voran, auch weitere Staaten. Bei den geplanten AKW-Neubauten hat Frankreich weltweit eine Führungsposition. Auch Russland agiert weit über seine Grenzen hinaus und ist z.B. an ungarischen Bauplänen beteiligt. Weder Frankreich noch Russland noch die asiatischen AKW-Planer halten etwas von „**Brückentechnologie**“, und ich wage die Prognose, dass sie in einigen Wochen sogar noch deutlicher als heute ihre **modernen AKWs „neuer Generation“** anbieten werden.

Ich weiß, dass sich einige meiner Leser über diese Seite des Briefs ärgern und **verstehe sie gut**. Auch ich sehe ein, dass die Kernkraft-Gegner in Deutschland heute so stark geworden sind wie in keinem zweiten EU-Staat. Das hat natürlich Folgen auch für



die Parteien der Merkel-Koalition und die **Wahlkämpfe** in diesem Jahr. Man muss im Augenblick ertragen, dass ein Mann Umweltminister ist, der noch nie etwas von Kernkraft hielt und in einer Versammlung 2010 auf die Frage eines Ingenieurs offen zugeben musste, die erfolgreiche Nuklear-Technologie aus Jülich und Hamm nicht zu kennen.

Die Kanzlerin weiß, dass man die Sicherheit unserer AKWs nicht noch steigern kann, denn die Anlagen sind sicher, wie die Wiener Atombehörde süffisant sagt. Und dass ein Attentat à la New York nicht droht, weiß auch Trittin. Dennoch, wir dürfen und müssen uns um wirklich besorgte Bürger kümmern, d.h. Kummer machen. Menschen voller Angst, täglich verstärkt durch Medien, debattieren nicht. Das können sie erst in einigen Wochen, wenn überhaupt.



**Was tun?** Zu den wenigen Pluspunkten zählt in diesen Tagen, **dass sich die ganze deutsche Umweltdiskussion neu anlässt.** E10 wurde als klimapolitisch unwirksam, den Hunger der Armen fördernd und nur von Lobbys gewollt entlarvt. Diese Diskussion - **siehe DIE ZEIT** und diese Woche im **SPiegel** - wird sich steigern. Das mächtige Hamburger Magazin verurteilt **fast die gesamte bisherige Öko-Politik.** Man kann jetzt nicht mehr so tun als lohne sich Photovoltaik für alle Dächer, nicht nur die hochschießenden Energiepreise wirken. Die Abführung von Strom aus Windparks vom Meer ins Binnenland stößt auf Bürgerprotest gegen Hochspannungsleitungen, und Groß-Windparks in abgelegenen Zonen stehen vor ähnlichen Problemen mit den dortigen Planungsbehörden.

Die neuen Umwelt-Debatten könnten sogar dazu führen, dass internationale AKW-Experten, die bisher von den Medien geschnitten und durch ‚Greenpeaceerei‘ ersetzt wurden, endlich sichtbar reden dürften. Ich setzte mich seit Jahren, auch in diesem Brief, immer dafür ein, **dass BEIDE Seiten gehört werden und faire Chancen bekommen. Was wäre denn demokratischer?**

**Ein wenig drehte sich der Wind schon vor der japanischen Tragödie. Also bitte weiter! Warum zum Beispiel wagt kein CDU-Umweltminister eine öffentliche Diskussion mit Experten-Gästen und Ministern aus den befreundeten christdemokratischen Parteien in Europa, die bis auf die ÖVP alle Kernkraftwerke befürworten?**

**Schlussbemerkung (A) zu Japan:** 1. Japan sündigte seit Beginn dadurch, dass es Kernkraft ohne wirksamste Kontrollen einigen **untereinander konkurrierenden** Unternehmen überließ. 2. Japan hielt zu lange an einem Typ **Siedewasserreaktor** fest, der in anderen Ländern ausgemustert wurde. Insofern **hat auch der japanische Industriekapitalismus versagt.** Das, genau das, ist das Gegenteil des erfolgreichen Vorgehens der Franzosen, die sich freilich auch ab und zu etwas zu leichtsinnig aufführten. Wirkliche Atom-Unfälle hatten sie jedoch – anders als hier berichtet wurde – überhaupt keine. Sagt die Wiener Atombehörde.

**Schlussbemerkung (B):** Nach dem Stand vom 14.3. haben ARD und ZDF kaum oder nicht aus anderen Kernkraft-Staaten als Japan und Deutschland berichtet, z.B. Frankreich. Dagegen gab es mehrere rein polemische bis hetzerische Beiträge contra Industrie und - soweit ich erfuhr - ein Verhältnis 4 zu 1 zugunsten von Greenpeace, Öko-Institut Darmstadt, pp gegenüber Kernkraftbefürwortern. Auch interessant: Mit keinem Wort erwähnt wurden die seit drei Jahren vermehrten Laufverlängerungen für AKWs mit bis zu 60 Jahren in unter anderem den USA (2/3), Spanien, Niederlande.

---

**Stand meiner Infos am 15.3. um 20.00 Uhr:**

**London.** Kollege berichtet von „vollkommen unaufgeregten Medien“. Börse geht davon aus, dass das erweiterte AKW-Bauprogramm voll erfüllt wird. Laufzeitverlängerungen für AKWs werden noch nicht diskutiert.

**Warschau:** Premier Tusk sagt, es bleibe beim Bau eines hochmodernen AKW, außerdem gäbe es in Polen keine Erdbeben.

**Frankreich:** Aufregung nur in einigen Hörfunkprogrammen. TV: informiert ruhig über Sicherheit der EDF-Anlagen. Sorgen richten sich eher auf mögliche Rücktritte einiger Länder von AKW-Bestellungen in Frankreich. Dazu gibt es vertrauliche Beratungen bei AREVA und EDF.

**Schweiz:** Freund sagte am Telefon, dass man „in unserem Land traditionell erst mal abwartet.“

**China:** Am 15. abends sagt kein Fernsehen, danach fast keine Zeitung, WELCHEN AKW-Typ China bauen wird, nur dass es plant. Dass die neue AKW-Generation nichts mit den heutigen Meilern zu tun hat... Übrigens auch in **Russland, Indien und Brasilien nicht.**

---

## WERKSTATT EUROPA



Herbert Reul mit EU-Kommissionspräsident Barroso

### **Herbert Reul MdEP**

Vorsitzender des Industrie-Ausschusses des Europäischen Parlaments:

### **EU-Klimaschutz als gesellschaftspolitisches Experiment**

**EU-Kommission beziffert Kosten bis 2050 auf 11 Billionen Euro / Gründliche Analyse steht immer noch aus / Unverantwortlicher Ansatz**

An langfristigen Ideen der EU - Kommission zum Klimaschutz gibt es sehr wohl deutliche und grundsätzliche Kritik aus dem Europaparlament. "Die Kommission hat eine gründliche Analyse versprochen. Doch sie steht noch immer aus. Wir wissen noch nicht, was zusätzliche Klimaschutz-Maßnahmen wirklich kosten und bringen. Die Kostenschätzungen der Kommission jedenfalls sind astronomisch. Ich halte es für unverantwortlich, ein solches **gesellschaftspolitisches Experiment ohne wirkliche Entscheidungsgrundlage** durchzuführen zu wollen", sagte Reul, in dessen Ausschuss auch über Energiepolitik entschieden wird. Reul weiter: „**EU-Klimakommissarin Hedegaard** spricht in ihrem **Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft 2050** von jährlichen Klimaschutz-Investitionen in Rekordhöhe von 270 Milliarden Euro pro Jahr für die EU. Zusammen gerechnet ergäbe das **für die kommenden 40 Jahre die unvorstellbare Summe von fast 11 Billionen Euro.** Die gleichzeitigen Einsparungen durch bessere Energieeffizienz sind ebenfalls nur geschätzt. Das kann keine seriöse Klimapolitik der EU sein."

Der bergische CDU-Europaabgeordnete gibt den international vergleichsweise geringen Anteil der EU an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen zu bedenken: "Selbst wenn sich die EU akribischste Energieeffizienz-Ziele verordnen und weiter **in den Alltag der Menschen hinein regieren sollte**, würde das wenig bis keine Wirkung auf den Klimaschutz haben, wenn gleichzeitig immer mehr neue Stahlwerke und Kohlekraftwerke in Indien, China und Brasilien dampfen – was schon fest steht."

**"Die Klimaschutzpolitik der EU sollte auf Anreize und den schlauen Konsumenten bauen, anstatt feste Vorgaben zu machen. Was starre und unausgegorene Ziele, deren Folgen nicht durchgespielt wurden, bewirken können, ist derzeit sehr anschaulich am weiter wirkenden Chaos um den angeblichen „Öko“-Sprit E 10 in Deutschland zu sehen",** sagte und Reul.

---

### **Dr.med. Peter Liese MdEP: Konsequenzen aus der Katastrophe in Japan**

@ Der Abgeordnete aus dem Sauerland sagte, Europa müsse aus der Katastrophe in Japan lernen: „Nicht nur für Reaktorsicherheit **brauchen wir gemeinsame europäische Standards**, sondern auch beim Katastrophenschutz", forderte er. Für gefährliche Technologien, die grenzüberschreitende Auswirkungen haben könnten, sei **eine einheitliche Bewertung der Risiken in Europa notwendig.** Im Einzelnen: "Wir brauchen einen Stresstest für alle europäischen Atomreaktoren. Wie lange z.B. arbeiten die Kühlsysteme bei Stromausfall? Die Krisenreaktionsmechanismen in europäischen Kraftwerken **müssen besser sein als in Japan**", so der Mit-Koordinator der EVP-Fraktion (Christdemokraten) im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments. Liese forderte in diesem Zusammenhang ein europaweit einheitliches Vorgehen und wies auf grenznahe, als problematisch geltende Kernkraftwerke hin. Vor allem die Staaten, die gar keine Begrenzung der AKW-Laufzeiten hätten, müssten jetzt ihre Politik überdenken. // Genauso wichtig sei eine

**Europäisierung des Katastrophenschutzes:** "Bei radioaktiver Verseuchung und Naturkatastrophen brauchen wir einen **europäischen Reaktionsmechanismus**. Wichtig ist ein schneller Informationsaustausch. Ich könnte mir **auch gemeinsame Ausbildungen im Katastrophenschutz** vorstellen", so Liese. - Vor allem die Länder, die gar keine Begrenzung der Laufzeiten haben, müssen jetzt ihre Politik überdenken", so Peter Liese abschließend.

### **Elmar Brok MdEP: Europäisches Parlament zeigt Türkei die gelbe Karte** **Christdemokraten-Fraktion (EVP) verhindert Aufweichung der Beitrittskriterien**

@ Das Europäische Parlament bleibt bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hart: Das Plenum rügte mit breiter Mehrheit die zu langsamen Reformen und besteht weiter auf der **Einhaltung aller Beitrittskriterien**. Die EVP-Fraktion verhinderte dabei mit den Stimmen von CDU und CSU **den Versuch von europäischen Sozialisten und Grünen, die Aufnahmefähigkeit der EU als Beitrittskriterium fallen zu lassen**. // Brok: "Das ist die Quittung für den Reformstillstand in Ankara. Eine Aufweichung der Beitrittskriterien **kann es auch aus geostrategischen Gründen nicht geben**, wie es von Sozialisten und Grünen gefordert wird", betonte er als außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion. Die Türkei sei ein wichtiger Partner für Europa, und müsse eng an die EU gebunden werden, so Brok. Und weiter: "Die Annäherung der Türkei an die EU darf die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union nicht überfordern oder zur Aufgabe des Ziels der Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit führen." Auch in der Integrationsfrage **sei zunächst die Türkei selbst in der Pflicht**, sagte Brok mit Blick auf die letzte **Rede des türkischen Premierministers Erdogan** in Deutschland: "Wenn Herr Erdogan behauptet, die dauerhaft in Deutschland lebenden Türken mit deutscher Staatsbürgerschaft hätten in erster Linie eine Loyalitätspflicht zur Türkei, dann unterwandert er alle Integrationsversuche".

---

### **Wie Guttenberg sein "Lindenblatt" sorglos verlor und gehen musste** **Der Freiherr war bußfertig, Gegner traten nach, "eigene" Leute verweigerten Solidarität**

In Ausgabe 5 zitierte ich Michel Friedman, der bei Maybritt Illner sagte: "Guttenberg sitzt fest im Sattel. Er fällt erst, wenn die Union das zulässt." Wer alt ist und sich erinnert, dem fällt der Umgang der Union mit z.B. Erhard und Barzel ein. Oder auch der Umgang der SPD mit Rau als Kanzlerkandidat. Am seltsamsten ging KTG mit sich selbst um, mit dem Gorch-Foch-Kapitän, mit BILD, mit vielen Freunden. Deshalb hat er nun seine Aus-Zeit. Leider, doch verdient. Auch ich hoffe, dass er zurück kommt. Im Augenblick hoffe ich auch noch, dass man sich in Hof und Bayreuth mit dem Versagen nicht nur der Doktorväter von KTG befasst. Sie sind an der Sache zu 51% schuldig. KTGs Anwälte haben inzwischen Grund zu Optimismus. Mehr kann ich im Moment dazu nicht sagen.

Ich bin nur ein alter kleiner Dipl.-Ing. Doch ich weiß noch: Wenn die mich betreuenden Figuren bei einer der Rücksprachen und Colloquien zur Ingenieurarbeit entdeckt hätten, dass ich - mal als Beispiel - die Arbeit einer Leverkusener Chemie-Autorität ohne Quellenangabe zitiert hätte.. Na eben. Ebenso weiß ich aus der Familie, dass sich Ärzte darüber amüsieren, wie leicht sie Dr wurden.

**Das Erstaunlichste:** Es gab eine mal offene, mal getarnte Offensive der Linken gegen Guttenberg (weiter: KTG) **von dessen allererstem Berliner Ministertag an, gestützt und verabredet mit Medien-Genossen**. Dabei begriff die Mehrheit der Journalisten und fast das gesamte Koalitionspersonal nie, auch nicht mit Beginn der Doktor-Offensive, wer mit plante, wer nur hechelnd mitlief oder gern auf der "richtigen" Seite sein wollte. Die **Maybritt-Illner-Show am Tage des eindrucksvollen Zapfensteichs** bewies abermals die Selbstisolierung des Berliner Politik-Milieus, dem die meisten Medienakteure längst nicht mehr **gegenüber** stehen, sondern in das sie sich freiwillig integrieren. **Da wurde gemutmaßt, Frau Schavan habe KTG mit Wissen der Kanzlerin ein Bein gestellt. Einer meiner besten Freunde war mit Merkel einige Stunden auf Reisen. Sein Fazit: „Frei erfundenes Zeug.“ Sie habe aus innerster Überzeugung bis zum Ende um KGT gebangt.**

**Was das Netzwerk der Treibjagd auf KTG angeht, werde ich unbekannt Details schildern, wegen der Lage in Japan leider erst in der nächsten Ausgabe. Vorab dies Frage: Weiß jeder Leser (aus der FAZ), dass Prof. Fischer-Lescano, „Entdecker“ der KTG-„Plagiate“, selbst Plagiat-Sünder ist? Ausgabe 10.3.2011, Seite 8**

## ZUR LAGE IM NACHBARLAND POLEN

Am 1. Mai wird der verstorbene polnische **Papst Johannes Paul II**, selig gesprochen. In Warschau wird diskutiert, wie dabei die Heimat in Rom zu vertreten ist. Staatspräsident **Bronislaw Komorowski** wurde eindeutig: „Ich lade die frei gewählten Präsidenten und Ministerpräsidenten des neuen Polen ein, mir zu reisen.“ General **Jaruzelski**, der von sich sagt, er sei (als Übergangspräsident) legitimiert worden, verzichtet. Tatsächlich ist er auch krank und nicht reisefähig. Eine Extrawurst verzehrt wieder einmal **Jaroslav Kaczynski**. Er will nicht fliegen und nimmt den Zug.

=====  
\*\*\*\*\*  
**Am 30.6. wäre der Dichter, Philosoph und für die Demokratie kämpfende Krakauer Czesław Miłosz 100 Jahre alt geworden. 1980 erhielt er den Nobelpreis. Im Exil hatte er allergrößten Einfluss auf die Haltung der westlichen Geisteswelt zum roten Polen. 2004 starb er „zu Haus“ in Krakau. Die halbe Stadt ging hinter seinem Sarg. Ich verdanke ihm meine frühe Begegnung mit dem Widerstand in Polen und Ostmitteleuropa.**

**Einen Text von ihm stellte ich an den Anfang meines Buchs „Von Mazowiecki zu Tusk“.**



**Pater Maximilian Kolbe starb als Märtyrer am 14. August vor 70 Jahren in Auschwitz. An Stelle eines Familienvaters, den er vor der Tötung durch die SS rettete. 1982 wurde er heilig gesprochen. Katholische Deutsche und Polen schufen das Maximilian-Kolbe-Werk nach langem Widerstand der**

**Kommunisten und konnten vielen Kranken und Alten helfen, die Orte wie Auschwitz überlebten.**

=====  
\*\*\*\*\*  
Die politischen Höhepunkte im Land: 1. die **polnische EU-Präsidentschaft** ab 1. Juli, 2. **Neuwahlen** am 16. oder 23. Oktober. Vorletzte Umfragen: PO 47%, PiS 24%, SLD 15% (Tendenz steigend), PSL 5%.

Dagegen sehen die letzten Umfragen deutliche Einbußen der Regierung. Das angesehene Institut CEBOS sagt am **11. März: PO 35%, PiS 18%, SLD 16%**. PSL und die PiS-Abspaltung PJN würden unter 5% abfallen und bekämen kein Mandat. Die in Polen der Linken helfende SPD (Ebert-Stiftung) hofft auf eine „große“ Koalition **PO-SDL**. // Die Regierung ventilert die Frage, ob man den Polen nicht an zwei Tagen statt an einem die Wahllokale öffnen sollte. Vor allem die konservative PiS war sofort dagegen. Ich nehme an, dass nix geändert wird.

Nach Quellen im polnischen **Geheimdienst ABW** haben 300 Mitarbeiter ausländischer Geheimdienste einen Diplomatenpass. Nicht alle sind Spione, nicht alle gelten als Gegner. Der ABW hält aber eine Änderung des polnischen Strafgesetzbuches für nötig, „um mehr Klarheit zu schaffen“.

Die **innenpolitische Lage** hat trotz des seit Jahres großen Wirtschaftswachstums Schatten- und Lichtseiten:

- **3000 öffentliche Schulen** mussten seit 2006 wegen Haushaltsproblemen der Gemeinden **geschlossen** werden. Resultat: Längere Schulwege, zu große Klassen.
- Doppelt so viele **Studenten** wie 2007 finden nach ihren Examen **keine Arbeitsplätze** = 39.000. Den Hochschulen wird verstärkt angekreidet, sie würden zu schlecht aufs Berufsleben vorbereiten.
- **Jan Kulczik** ist noch immer der reichste Polen neben POLSAT-Besitzer Zygmunt Solorz-Zak. Beide stehen auf den Plätzen 440 und 488 der Forbes-Liste. Kulczik war schon vor der Wende Dollar-Millionär und lavierte geschickt zwischen Kommunisten und Armeegeschäften. Er stammt aus Posen und ist fit in mehreren Sprachen.
- Trotz Sparankündigungen für den öffentlichen Dienst wurden **mehr (17%) Beamte eingestellt**. Von 10% Kürzung (Tusk im Wahlkampf) ist nicht mehr die Rede.
- Um die EU-Defizitgrenze einzuhalten und damit den Weg in den Euro offen, müsste die

Regierung Steuern erhöhen und bei Infrastrukturmaßnahmen kürzen. Jetzt wird davon nur wenig umgesetzt und der Rest **auf die Zeit nach den Wahlen verschoben**.

- Bauunternehmen wollen für zusätzliche Arbeit an den Autobahnen bezahlt werden. Die Regierung hält dagegen: „Für den Betrag könnte man 80 km Autobahn mehr bauen“. Nach wie vor leidet Polen an seinem **zu schwachen Straßennetz, vor allem die mittelständische Industrie, weil sie lähmend lange Transportzeiten einplanen muss**.

Die Regierung bereitet sich intensiv auf die **EU-Ratspräsidentschaft** vor, und verfolgt Tag für Tag genau, wie die jetzige ungarische ihre „**Chef-Rolle**“ ausfüllt. Beim Knatsch „Brüssels“ mit Budapest in Sachen Mediengesetz für Ungarn stellte sich Warschau solidarisch auf die Seite der Ungarn und lobte sogar das Gesetz. Für Ärger sorgte in Warschau wieder und wieder die deutsch-französische Linie in der Euro-Zone. Polen verlangt mit Nachdruck eine **Beteiligung an den Reformberatungen der Euro-Gruppe**. Der polnische EU-Kommissar **Janusz Lewandowski**, ein treuer Freund der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, sprach sogar wütend vom **“arroganten Stil“ einiger Beamten aus Berlin und Paris**. Gar nicht geheim blieb Anfang März, dass Staatspräsident **Bronislaw Komorowski** dieser Kritik zustimmt.

Neuerdings fürchtet die Regierung von **Donald Tusk** sehr, dass die Entwicklung in Nordafrika ihren Präsidentschaftsfahrplan durchkreuzen könnte. Man rechnet mit einer **nervenden Debatte über Flüchtlinge und Hilfsprogramme**. Es melden sich in den Kulissen Abgeordnete, die einen **rascheren Abzug aus Afghanistan** wegen der neuen Lage fordern. Gerüchte über eine **Kabinettsumbildung** wies Donald Tusk zurück: „Vor den Parlamentswahlen vollkommen überflüssig.“

Über zwei Milliarden Dollar werden Energiekonzerne ausgeben, um **in Pommern nach Shalegas** bohren zu dürfen. Für Bohrkonzessionen werden 15 Mio Dollar Gebühren kassiert.

**Widerstand** gegen die „**viel zu teure Energiepolitik der Brüsseler Kommission**“ will Warschau in Absprache mit mehreren Staaten verstärken, die 2004 der EU beitraten. Hinter vorgehaltenen Händen wird auch in Polen darauf gesetzt, dass weder die USA noch China die Brüsseler Klimapolitik mitmachen werden. Man begrüßt auch, **dass nun auch Ungarn auf den Neubau von Kernkraftwerken setzt und diese zügig plant**. Dabei helfen Russen und Ukrainer.

Die **Arbeitslosigkeit lag im Februar bei 13.2%**, 0.2 mehr als im Januar. Die Einnahmen aus der Privatisierung beliefen sich seit Jahresbeginn auf 260 Mio Zloty. Die **Privatisierung läuft nun etwas zügiger, 320 Gesellschaften werden verkauft**.

Eine um Millionen aufgestockte polnische **Tourismus-Werbung** will vor allem deutsche, französische und englische Bürger mit Hinweisen auf den deutlichen Wetterwandel von der überhitzten Mittelmeerküste nach Polen locken, vor allem an die Ostsee. **30 Mio Euro werden dafür bis 2013** ausgegeben.

Nach zähen Verhandlungen glauben Berlin und Warschau einen **Verhandlungserfolg in Sachen Deutsche Minderheit in Polen und Auslandspolen in Deutschland** erreicht zu haben. Bonn hatte sich seinerzeit geweigert, eine Parität zwischen beiden Personengruppen zu akzeptieren. Polen hörte aber nie auf, eine Höherbewertung der Auslandspolen und der Deutschen mit Polnisch als Muttersprache zu verlangen. Dabei spielte die Vereinigung **POLONIA ein große Rolle**, denn sie organisiert weltweit Polen und polnische Kulturbeiträge. Rechtzeitig vor den **Feiern zum 20. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages (im Juni)** wurde festgelegt: Die **POLONIA erhält ein von Deutschland finanziertes Sekretariat in Berlin**, es wird auch noch Bevollmächtigte in den Ländern geben, der polnische Sprachunterricht wird verstärkt, Falschinformationen über Minderheiten auf beiden Seiten vor 1939 werden aufgearbeitet und mit Publikationen gekontert.



Die Vertreter **polnischer Verbände** in Deutschland zeigten sich **erstmalig zufrieden** mit den neuen Abmachungen.

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 324381 // e -mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de)

**Deine / Ihre Spende deckt Kosten -**

**bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805**